



Protokoll

5.Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Arbeit und Soziales

Sitzungstermin:	Dienstag, 08.11.2022
Raum, Ort:	Mensa des Schulzentrum Ilsede, Am Schulzentrum 35, 31241 Ilsede
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	18:30 Uhr

Anwesende:

Vorsitz

Herr Hartmut Marotz

Mitglieder

Herr Julius Nießen

Herr Maik Burgdorf

Frau Miriam Riedel-Kielhorn

Vertretung für: Herrn Matthias Möhle

Frau Antje Schulz

Herr Björn Busse

Herr Günter Schmidt

Vertretung für: Herrn Christoph Plett

Herr Christian Falk

Frau Claudia Wilke

Herr Jan Wouter van Leeuwen

Grundmandat

Herr Günther Engelhardt

Vertretung für: Herrn Andreas Tute

Frau Birgit Reimers

Bürgervertretung

Frau Eva Schlaugat

Herr Carsten Rauls

Frau Mandy Bargholz

Herr Dirk-Heinrich Heuer

Sonstige Mitglieder

Frau Angela Denecke

Herr Horst Kunz

Herr Jürgen Rump

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 05.07.2022
- 4 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
- 5 Produktbericht Stand 30.Juni 2022 für das Budget der Fachdienste Soziales, Arbeit (Jobcenter), Gesundheit sowie der Dezernatsleitung III
- 6 Doppischer Produkthaushalt 2023 für die Dezernatsleitung 3 und die Fachdienste Soziales, Arbeit (Jobcenter) und Gesundheitsamt
- 7 Einführung Bürgergeld im SGB II
- 8 Sachdarstellung Ukraine
- 9 Informationen der Verwaltung
- 10 Anfragen und Anregungen

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende (im folgenden Vorsitzender genannt), Kreistagsabgeordneter Marotz (im Folgenden werden männliche und weibliche Kreistagsabgeordnete als KTA bezeichnet), eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder und die Vertreter/innen der Verwaltung.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Vorsitzende, **KTA Marotz**, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Bei der Tagesordnung ist eine Änderung erforderlich, die auch bereits im Informationssystem ALLRIS eingepflegt ist. Unter Tagesordnungspunkt 5. ist der bereits in der Sitzung am 05.07.2022 behandelte Produktbericht Jahresabschluss 2021 (Vorlage 2022/103) gegen die Informationsvorlage 2022/186 „Produktbericht Stand 30. Juni 2022 für das Budget der Fachdienste Soziales, Arbeit (Jobcenter), Gesundheit sowie der Dezernatsleitung III“ auszutauschen.

Da keine Einwände gegen die Änderung vorliegen, lässt der Vorsitzende, KTA Marotz, über die Tagesordnung abstimmen. Mit 10 Ja-Stimmen bei 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen wird die Tagesordnung in der geänderten Fassung angenommen

3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 05.07.2022

Die Niederschrift über die 4. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Arbeit und Soziales vom 05.07.2022 wird ohne Änderungs- und/oder Ergänzungswünsche mit 7 Ja-Stimmen bei 0 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen genehmigt.

Beschluss: Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

4. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Es sind keine Einwohner/innen anwesend.

5. Produktbericht Stand 30.Juni 2022 für das Budget der Fachdienste Soziales, Arbeit (Jobcenter), Gesundheit sowie der Dezernatsleitung III Vorlage: 2022/186

Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden, **KTA Marotz**, stellt sich die neue ärztliche Leitung „Sozialer Dienst und Sozialpsychiatrischer Dienst“ des Gesundheitsamtes **Frau Sarah Teichert** vor und skizziert ihren beruflichen Werdegang.

Der Vorsitzende, **KTA Marotz**, wünscht Frau Teichert viel Erfolg für ihre Tätigkeit und bittet den Controller des Dezernats III Herrn Heinisch um Erläuterung der Vorlage.

Herr Heinisch erläutert, dass sich in der 2. Jahreshälfte Einnahmeverbesserungen ergeben haben. Gegenüber der zum 30.06.2022 erwarteten Budgetüberschreitung von rd. 5,7 Mio. € zeichnet sich deshalb eine deutliche finanzielle Verbesserung ab. So sind in der Eingliederungshilfe zusätzliche Abschläge vom Land in Höhe von rd. 3 Mio € zu erwarten. Für die Mehraufwendungen für die Kosten der Unterkunft aufgrund der Aufnahme der Vertriebenen aus der Ukraine werden vom Bund zusätzliche Mittel bereitgestellt.

Insgesamt ist für den Landkreis Peine ein positives Ergebnis zu erwarten. Der im Rahmen der Planung angestrebte Budgetüberschuss von 4,7 Mio. € ist allerdings nicht mehr haltbar.

KTA Reimers fragt, warum die abgesagte Septembersitzung nicht für die von ihr beantragte Vorstellung des Sozialplans genutzt wurde. Die **Dezernatsleiterin Prof. Dr. Friedrich** (im Folgenden werden männliche und weibliche Dezernatsleitungen als DL bezeichnet) antwortet, dass aufgrund der fehlenden Überarbeitungsmöglichkeit nur allgemeine Informationen möglich gewesen wären. KTA Reimers entgegnet, dass auch der vorhandene Sozialplan als Maßstab herangezogen werden kann.

Da keine weiteren Wortmeldungen zum Produktbericht vorliegen, stellt der Vorsitzende, **KTA Marotz**, fest, dass der Ausschuss von der Informationsvorlage–Nr. 2022/186 Kenntnis genommen hat.

6. Doppischer Produkthaushalt 2023 für die Dezernatsleitung 3 und die Fachdienste Soziales, Arbeit (Jobcenter) und Gesundheitsamt Vorlage: 2022/174

Angesichts des Beschlussvorschlags in der Vorlage 2022/174 verweist der Vorsitzende, **KTA Marotz**, auf die anstehenden Behandlungen des Doppischen Produkthaushalts 2023 in den Parteifractionen. Veränderungen sind bis zur Beschlussfassung durch den Kreistag möglich.

KTA Wilke bittet zur Auflistung der freiwilligen Zuschüsse im Bereich des Fachdienstes Soziales 2023 um Erläuterung der Abweichungen zwischen den beantragten und geplanten Beträgen.

Herr Heinisch verweist auf die Kalkulation eines 5-prozentigen Aufschlags bei den Personalkosten. Die institutionelle Förderung soll weiterhin in Höhe von jeweils

25.000 € gewährt werden. Auf die Frage von **KTA Burgdorf** zur Schuldnerberatung der AWO antwortet Herr Heinisch, dass angesichts der rechtlichen Bedenken bei einer Vollfinanzierung nur ein Festzuschuss in Höhe von 25.000 € gewährt wird. Der Restbedarf wird über eine Leistungsabrechnung mit den entsprechenden Fachdiensten ausgezahlt.

Zum Hinweis von **Bürgervertreterin Schlaugat** (im Folgenden werden männliche und weibliche Bürgervertreter als BV bezeichnet) auf den Widerspruch mit der Zielsetzung Entbürokratisierung betont der Vorsitzende, **KTA Marotz**, angesichts der bekannten rechtlichen Problematik die Notwendigkeit des zusätzlichen Aufwandes.

Er spricht allen Institutionen, Verbänden und Vereinen seinen Dank für die Bereitstellung der vielfältigen Angebote aus.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt der Vorsitzende, KTA Marotz, die Beschlussvorlage-Nr. 2022/174 zur Abstimmung. Mit 6 Ja-Stimmen bei 0 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen wird der Beschlussvorschlag angenommen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Gesundheit, Arbeit und Soziales empfiehlt dem Kreistag, den Stellenplanänderungen (ab Seite 37, Ziffern 3.1 bis 3.8 und 3.11 bis 3.17) und dem Doppischen Produkthaushalt 2023 für die Dezernatsleitung 3 und die Produkte der Fachdienste Soziales, Arbeit und Gesundheitsamt (Seiten 286 bis 373 und 413 bis 430), zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen:6 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung/en: 4

7. Einführung Bürgergeld im SGB II **Vorlage: 2022/172**

Vor der Vorstellung ihrer Präsentation zu den grundsätzlichen Umstrukturierungen durch die Einführung des Bürgergeldes verweist **Fachdienstleitung Geyer** (im Folgenden werden männliche und weibliche Fachdienstleitungen als FDL bezeichnet) auf die aktuelle Dynamik. Im Gesetzesentwurf ist die praktische Umsetzung stufenweise für das Leistungsrecht ab dem 01.01.2023 sowie den Vermittlungsbereich ab dem 01.07.2023 geplant. Aktuell hat die Regierungskoalition aufgrund diverser Forderungen der Länder, Institutionen und Verbände einen Änderungsantrag zum Bürgergeld-Gesetzesentwurf vorgelegt, der beispielsweise eine Beschränkung der Übernahme für Heizkosten in angemessener Höhe sowie die Verschiebung des Inkrafttretens einiger weiterer Teile von Januar auf Juli 2023 vorsieht.

Bei einer Ablehnung durch den Bundesrat ist die Anrufung des Vermittlungsausschusses notwendig, wodurch das Inkrafttreten zum 01.01.2023 in Frage gestellt wird. Wahrscheinlich ist die termingerechte Einführung der Regelsatzerhöhungen, Karenzenzeiten und Bagatellgrenze zum Jahresbeginn.

Anhand der als Anlage zum Protokoll befügten Präsentation skizziert FDL Geyer zunächst den Fahrplan für die Einführung des Bürgergeldes. Zur Ausgangssituation führt sie aus, das aufgrund der vielfältigen Hemmnisse der Leistungsempfänger/innen bereits jetzt eine komplexere Ausgestaltung der Beratung auf Augenhöhe erfolgt. Aufgrund der Herausforderungen in den letzten Jahren, neben der Pandemiebewältigung insbesondere der Rechtskreiswechsels der Geflüchteten aus der Ukraine, wird bundesweit eine hohe Belastung der Mitarbeiter/innen in den Jobcentern wahrgenommen.

Zu den Änderungen des Gesetzesentwurfs im Leistungsrecht (Grafik Passiv) verweist FDL Geyer auf die Erhöhung des Regelsatzes der Grundsicherung auf 502 € und skizziert die Regelungen der Karenzzeit für Wohnen und Vermögen.

Bei den Änderungen im Vermittlungsbereich (Grafik Aktiv) erläutert sie das wichtige Element des Wegfalls des Vermittlungsvorrangs mit gleichzeitiger Stärkung der Förderung von Weiterbildung und Qualifizierung. Das neu geplante Coaching kann optional auch selber durch das Jobcenter durchgeführt werden. Anschließend stellt FDL Geyer die Weiterbildungsprämie, das Weiterbildungsgeld sowie den Bürgergeldbonus für die Teilnahme an bestimmten Maßnahmen vor. Zur Entfristung des Sozialen Arbeitsmarktes führt sie mit Bezug auf die praktischen Erfahrungen aus, dass für die sehr arbeitsmarktfernen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten die Gewöhnung an den beruflichen Alltag im Vordergrund steht. Aufgrund der individuellen Belastungen ist im Förderzeitraum von 5 Jahren tendenziell eine Reduzierung der Arbeitszeit zu verzeichnen. Die bisherige Eingliederungsvereinbarung wird durch einen Kooperationsplan abgelöst, der gemeinsam mit den Leistungsberechtigten erarbeitet wird. Die Ausgestaltung der Struktur des neuen Schlichtungsverfahrens ist noch nicht geklärt. FDL Geyer kündigt an, das Thema im Beirat zu behandeln.

Abschließend erklärt FDL Geyer, warum das Bürgergeld nicht gegendert wird.

KTA Reimers lobt das geplante Coaching. Sie wünscht sich, dass die Planungen zu Verbesserungen bei der Kommunikation führen. **FDL Geyer** erklärt, dass die bereits jetzt vorhandenen festen Ansprechpartner/innen im Leistungsbereich und der Vermittlung weiterhin vorgesehen sind. Beim Coaching erfolgt ein Wechsel. Zur Entlastung der Sachbearbeitung ist für allgemeine Fragestellungen eine Teamassistenz eingerichtet, so dass hier abweichende Gesprächspartner/innen möglich sind.

Auf die Anregung von KTA Reimers, angesichts der vielfältigen Aufgaben im Rahmen der Haushaltsplanung über mehr Personal nachzudenken, skizziert FDL Geyer das System der Finanzierung durch den Bund und verweist auf die enge Abstimmung innerhalb der Kreisverwaltung bezüglich personeller Optionen.

KTA Riedel-Kielhorn bedankt sich für die Darstellung der vielfältigen Änderungen. Sie begrüßt die kritische Auseinandersetzung mit den einzelnen Elementen.

Auf Nachfrage von **BV Schlaugat** erklärt **FDL Geyer**, dass trotz der teilweisen Verschiebung und inhaltlichen Nachjustierung davon auszugehen ist, dass die Elemente grundsätzlich beibehalten werden.

KTA Engelhard sieht das Bürgergeld als eine Einladung zum Nichtarbeiten. **FDL Geyer** bittet, die Umsetzung, insbesondere der Zielsetzung Konzentration auf Qualifizierung und Weiterbildung, abzuwarten.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt der Vorsitzende, **KTA Marotz**, fest, dass der Ausschuss von der Informationsvorlage–Nr. 2022/172 Kenntnis genommen hat.

8. Sachdarstellung Ukraine Vorlage: 2022/173

FDL Geyer beschreibt anhand der als Anlage beigefügten Kennzahlenübersicht die Zusammensetzung der geflüchteten Ukrainer/innen, die aufgenommenen Beschäftigungen, die Maßnahmebelegungen sowie die finanziellen Mittel. Sie hebt die Vielfalt der Tätigkeiten hervor.

KTA Reimers fragt nach der Wartezeit für die Integrationssprachkurse bei der Kreisvolkshochschule (KVHS). Mit Hinweis auf die Engpässe bei den Fachkräften und –räumen sagt **FDL Geyer** eine Klärung zu.

(Ergänzung zum Protokoll: Laut Rückmeldung der KVHS wird bei aktueller Anmeldung für April/Mai 2023 der Einstufungstest terminiert, dessen Ergebnis den Anhaltspunkt für das individuell passende Startmodul bildet. Anschließend erfolgt die Einmündung in einen Integrationskurs.)

Frau Deneke bestätigt die fehlenden Sprachförderkräfte, die eine entsprechende Qualifizierung voraussetzen müssen. Beim Caritasverband Peine kann ein Projekt zur psychosozialen Begleitung und Stabilisierung nicht fortgeführt werden, da die ukrainische Fachkraft keine Kinderbetreuung sicherstellen kann.

Auf Nachfrage von **KTA van Leeuwen** erklärt **DL Prof. Dr. Friedrich**, dass durch den ausgeklügelten Jugendhilfeplan der Überblick über die freien Plätze im Landkreis Peine sichergestellt ist. Bei der Bürgermeisterdienstbesprechung am Vortag dieser Ausschusssitzung wurde angeregt, die Angebote für die Krippe, Kita und Kindertagespflege an den beruflichen Bedürfnissen der Eltern auszurichten.

9 . Informationen der Verwaltung

DL Prof. Dr. Friedrich berichtet, dass im Landkreis Peine derzeit 1716 ukrainische Flüchtlinge gemeldet sind. Darunter sind 649 minderjährige Kinder/Jugendliche und 88 Drittstaatsangehörige. Während diese Zahlen relativ stabil sind, ist bei Flüchtlingen ohne Ukrainebezug mit 857 Personen gegenüber dem Vorjahreswert mit 200 Personen ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen.

Im neuen Arbeitskreis „Ukraine und Folgen“ ist auch zur Vorbereitung der dezentralen Aufnahme als Service die transparente Erarbeitung und Darstellung der Herausforderungen der Infrastruktursysteme, zum Beispiel zur Altersstruktur, vorgesehen. Die Erkenntnisse sind in den intensiven Gesprächen mit den Bürgermeister/innen der Gemeinden zu berücksichtigen. Die vorhandenen beiden Sammelunterkünfte dienen der Unterstützung der ankommenden Personen und sollen lediglich den Grundbedarf an ärztlicher Betreuung, Kinderbetreuung und Sprachkenntnissen sicherstellen.

Anschließend berichtet **FDL Dr. Opiela** über die positive Entwicklung bei der Hebammenzentrale. Es sind insgesamt 24 Hebammen auf der Homepage registriert, davon sind 20 aus Peine. Von 83 Frauen, die auf der Warteliste standen, konnten 78 an Hebammen vermittelt werden. Ein Geburtsvorbereitungskurs hat mit guter Resonanz stattgefunden, weitere Kurse sollen im nächsten Jahr angeboten werden. Es wurde ein Kurs „Notfallmaßnahmen für Hebammen“ organisiert. Das nächste Hebammentreffen findet am 17.11.2022 statt. Neben der Planung weiterer Hebammen-Fortbildungen gibt es bereits weitere Anfragen zur Raumnutzung für Geburtsvorbereitungs- und Rückbildungskurse. Für das nächste Frühjahr ist der Start des „Milch-Cafe“ geplant.

DL Prof. Dr. Friedrich freut sich über Landesförderung für das Gesundheitsamt von insgesamt rund einer Million Euro, die der Landkreis Peine als erster Landkreis in Niedersachsen beantragt und bewilligt bekommen hat. Mit Hilfe der Fördermittel sollen sowohl der öffentliche Gesundheitsdienst als auch der Infektionsschutz gestärkt und modernisiert werden. Die erste Charge in Höhe von 500.000 € wurde bereits gewährt. Nunmehr sind als Meilensteine weitere Digitalisierungsschritte in Reifegraden festzulegen.

10 . Anfragen und Anregungen

Zur Nachfrage von **KTA Schmidt** zu den Überlegungen im Zusammenhang mit dem Hausärztemangel berichtet **DL Prof. Dr. Friedrich**, dass bei der Bürgermeisterdienstbesprechung am Vortag dieser Ausschusssitzung zu diesem Thema Maßnahmen aus anderen Landkreisen vorgestellt wurden.

BV Schlaugat fragt, ob es Überlegungen zu der Bereitstellung von finanziellen Anreizen analog der Gemeinde Lengede gibt. **DL Prof. Dr. Friedrich** antwortet, dass mit Hinweis auf die schnell zu erwartende Refinanzierung auch diese Anregung den Bürgermeister/innen vorgestellt wurde.

Der Vorsitzende, **KTA Marotz**, betont die Bedeutung der Attraktivität der Gemeinde als Kriterium für die Ansiedlung von Ärzten.

Auf Nachfrage von **BV Schlaugat** antwortet **DL Prof. Dr. Friedrich**, dass die Gespräche mit der kassenärztlichen Vereinigung bezüglich der Auskömmlichkeit der kinderpsychiatrischen Versorgung im Landkreis Peine abgeschlossen sind. Mit der neuen ärztlichen Leitung „Sozialer Dienst und Sozialpsychiatrischer Dienst“ des Gesundheitsamtes Frau Sarah Teichert steht eine zusätzliche Fachkraft zur Verfügung.

FDL Dr. Opiela ergänzt, dass mit dem Stellenplan 2022 eine neue halbe Vollzeitstelle für eine/n Kinder- und Jugendpsychiater/in eingerichtet werden konnte, die im Sozialpsychiatrischen Dienst des Gesundheitsamtes angesiedelt ist und durch den ÖGD-Pakt gegenfinanziert wird. Diese Stelle wurde bereits zweimal ausgeschrieben. Aktuell fehlen allerdings die Bewerber/innen, um eine Sprechstunde in Zusammenarbeit mit Sozialarbeiter/innen einzurichten.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende, **KTA Marotz**, diesen Tagesordnungspunkt und um 18:30 Uhr die Sitzung.

Hartmut Marotz
Ausschussvorsitz

Prof. Dr. Andrea Friedrich
Kreisrätin für Soziales

Frank König
Protokollführung